

Steffen Herrmann | Matthias Flatscher [Hrsg.]

Institutionen des Politischen

Perspektiven der radikalen Demokratietheorie



Nomos

Schriftenreihe

Zeitgenössische Diskurse des Politischen

herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Hetzel

Prof. Dr. Oliver Flügel-Martinsen

Band 19

Wissenschaftlicher Beirat

Mathias Albert (Bielefeld), Robin Celikates (Berlin), Anna Geis (Hamburg), Charles Girard (Lyon), Ina Kerner (Koblenz-Landau), Regina Kreide (Giessen), Oliver Marchart (Wien), Stephan Moebius (Graz), Maria Muhle (München), Martin Nonhoff (Bremen), Dirk Quadflieg (Leipzig), Hartmut Rosa (Jena), Rainer Schmalz-Bruns † (Hannover)

Die Forschungsreihe versteht sich als Forum der Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des Politischen heute. Sie vereint Schriften aus der Politischen Theorie, der Politischen Philosophie, der Sozialphilosophie und der Soziologie. Ohne sich schulpolitisch festlegen zu wollen, verfolgen die Schriften der Reihe die Pfade eines antiessentialistischen, pluralistischen und radikaldemokratischen Denkens des Politischen, wie es sich seit der Mitte der 1980er Jahre vor allem in Frankreich, Italien, England und in den USA formiert hat. Das Themenspektrum der Bände erstreckt sich von dekonstruktiven über genealogische, agonistische, diskurs- und hegemonietheoretische Ansätze bis in die Felder der Gouvernementalitätsstudien, des (Post-)Feminismus und der Postcolonial Studies. Die Reihe eröffnet eine konstruktive Kontroverse über die Diskurse des Politischen und sucht zugleich nach Perspektiven ihrer Weiterentwicklung.

Steffen Herrmann | Matthias Flatscher [Hrsg.]

Institutionen des Politischen

Perspektiven der radikalen Demokratietheorie



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6361-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0461-8 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive <i>Steffen Herrmann und Matthias Flatscher</i>	7
I. SYSTEMATISCHE UND HISTORISCHE GRUNDLAGEN	
Befragung ja, Abschaffung nein? Zum Verhältnis von radikaler Demokratietheorie und Institutionen <i>Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinsen</i>	27
Stiftung/en. Eine selektive Lektüre in systematischer Absicht <i>Thomas Bedarf</i>	43
Plädoyer für eine radikaldemokratische Institutionentheorie. Eine Spurensuche bei Arendt und Derrida <i>Matthias Flatscher</i>	71
Zwischen Ordnung und Nicht-Ordnung. Demokratische Stasis als Alternative zum radikaldemokratischen Konfliktbegriff <i>Sara Gebh</i>	111
Institutionen und die radikale Demokratietheorie. Tocquevilles Beitrag zu einer schwierigen Debatte <i>Malte Miram</i>	139
II. RADIKALDEMOKRATISCHE INSTITUTIONENDESIGNS	
Apologie des Etatismus. Vorschläge zur Behebung des institutionentheoretischen Defizits radikaler Demokratietheorie <i>Oliver Marchart</i>	169
Politische Institutionen als Gegenstand agonaler Demokratietheorie. Kritik und Design <i>Manon Westphal</i>	203

Inhalt

Radikaldemokratische Institutionen. Gruppenvertretung und Volkstribunat <i>Steffen Herrmann</i>	225
<i>Dikes</i> heilige Grundsteine. Eigentum als Institution des Politischen <i>Niklas Angebauer</i>	251
Politische Parteien als Institutionen einer Organisation des Politischen <i>Felix Heidenreich</i>	273
III. ZEITGENÖSSISCHE KONTROVERSEN	
Die Politisierung institutioneller Widersprüche. Honneth – Hegel – Rancière <i>Andreas Gelhard</i>	293
„Vom Geist der wilden Gesetze“. Radikaldemokratische Institutionen und dekoloniale Kritik nach Miguel Abensour <i>Niklas Plätzer</i>	321
Institutionalisierung der Freiheit im Recht. Foucault und die postmarxistische Rechtskritik <i>Karsten Schubert</i>	351
Von der Unmöglichkeit der Institutionalisierung des Politischen zur ambivalenten Kraft politischer Imagination. Ein Streifzug mit Marchart, Hochschild und Castoriadis <i>Gerhard Thonhauser</i>	379

Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

Seit eineinhalb Jahrzehnten konzentrieren sich zahlreiche Debatten und Diskussionen innerhalb der Politischen Philosophie und Politischen Theorie auf die Unterscheidungen zwischen dem Politischen und der Politik.¹ Während die Politik als ein spezifisches Funktionssystem gefasst wird, das mittels konkreter Apparaturen (Staat, Regierung, Verwaltung, Parteien etc.) die Gesellschaft steuert und koordiniert, meint das Politische die ontologische Gründung dieser Systeme. Theorien des Politischen haben sich dabei vor allem gegen die Reduktion der Politik auf ein starres und nicht weiter problematisier- und veränderbares Ensemble von Institutionen und damit gegen unterschiedliche Ausprägungen eines Fundamentalismus gewandt, welcher die Gesellschaft auf letzte, unumstößliche Gründe aufzubauen versucht. Dagegen führen sie ins Feld, dass politische Ordnungen grundsätzlich kontingent sind und aus konfliktiven Auseinandersetzungen hervorgehen. Demokratie wird von diesen Theorien des Politischen in der Folge nicht bloß als Herrschafts- und Regierungsform verstanden, sondern vielmehr als die streithafte Hervorbringung und Gestaltung eben jener Welt, die es politisch zu regeln gilt. Theorien des Politischen haben so zu einer

1 Zur Diskussion vgl. exemplarisch Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004; Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (Hg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript 2010; Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp 2010; Marchart, Oliver: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp 2010. Einen instruktiven Überblick über die einzelnen Ausformulierungen der radikaldemokratischen Projekte findet sich in: Comtesse, Dagmar/ Flügel-Martinsen, Oliver/ Martinen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.): *Radikale Demokratie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp 2019. Den Diskussionsstand im angelsächsischen Bereich spiegelt folgende Sammelbände wider: Tønder, Lars/Thomassen, Lasse (Hg.): *Radical Democracy: Politics. Between Abundance and Lack*. Manchester: Manchester University Press 2005 sowie Breaugh, Martin u.a. (Hg.): *Thinking Radical Democracy: The Return to Politics in Post-War France*. Toronto: University of Toronto Press 2015. Zu den phänomenologischen Grundlagen der Diskussion vgl. Bedorf, Thomas/Herrmann, Steffen (Hg.): *Political Phenomenology. Experience, Ontology, Episteme*. London: Routledge 2020.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

„ontologischen“ als auch zu einer „agonalen Wende“ in der demokratietheoretischen Diskussion beigetragen – sie werden daher auch gerne als radikale oder agonale Demokratietheorien bezeichnet.

Da die Dimensionen der Agonalität und der Ontologie in der klassischen politischen Theorie lange Zeit unterbeleuchtet geblieben sind, haben sich die Theorien des Politischen zunächst einmal in Abgrenzung zu Theorien der Politik konstituiert. Diese Frontstellung hat jedoch dazu geführt, dass die Dimension der Institutionalisierung selbst in einer auffälligen Weise untertheoretisiert geblieben ist. Fokussiert auf revolutionäre Gründungs- und Umbruchereignisse wie 1789, 1917 oder 1968 wurde die Politik und ihr scheinbar bloß bürokratisches und reformistisches Wesen weitgehend vernachlässigt. Nun gehört zum politischen Handeln jedoch nicht nur die Gründung von Ordnung, sondern auch deren Verfestigung – und gerade an diesem Zusammenhang sind viele gesellschaftlichen Umbruchsversuche bisher gescheitert. Umso notwendiger ist es, eine Theorie politischer Institutionen auszuarbeiten, welche den Übergängen zwischen dem Politischen und der Politik nachgeht. Im Speziellen gilt es dabei danach zu fragen, wie im Anschluss an eine dezidierte Inblicknahme des Politischen nunmehr demokratische Institutionen theoretisch und praktisch konzipiert werden können: Wie können politische Institutionen der Pluralität von Lebensformen gerecht werden? Wie lässt sich eine Politik institutieren, die den politischen Konflikt als konstitutiv für die eigene Verfasstheit versteht? Wie kann ein Institutionendesign aussehen, welches die Bodenlosigkeit und Kontingenz des Politischen bejaht? Und wie können politische Institutionen ihre eigenen Macht- und Herrschaftseffekte selbstkritisch reflektieren?

Im Folgenden wollen wir zentrale Einsichten der Theorien des Politischen benennen. In einem ersten Schritt rekapitulieren wir unter einer systematischen Perspektive die zentralen Einsichten einer Hinwendung zu Fragen des Politischen und ihre Konsequenzen für eine Radikalisierung der Demokratien. Im Anschluss daran sollen prominente Stimmen zu Wort kommen, die diesen Diskurs gerade in Hinblick auf ihr Institutionen- und Normativitätsdefizit einer grundlegenden Kritik unterziehen. Daraus soll deutlich werden, in welche Debatten der vorliegende Band interveniert und inwiefern auf eine produktive Weise mit diesen Einwänden umgegangen werden kann. In einem letzten Schritt werden in groben Zügen die Herausforderungen skizziert, die sich eine politische Institutionentheorie im Anschluss an radikaldemokratische Einsichten stellen muss.

I. Die Theorien des Politischen

Einer der zentralen Gründungstexte der Theorien der Politischen stammt von Claude Lefort. In seinem Beitrag „Die Frage der Demokratie“ von 1983 wirft er einer positivistisch ausgerichteten Politikwissenschaft vor, ihren Gegenstand einfach als vorgegeben hinzunehmen und nicht noch einmal nach dessen Formationsbedingungen zu fragen.² Die Tendenz zur Objektivierung führt die Politikwissenschaft dazu, sich der Quantifizierung des Empirischen als scheinbar neutralen Grundlage der wissenschaftlichen Analyse zu verschreiben. Was dabei jedoch unberücksichtigt bleibt, ist der Umstand, dass sich das Erscheinen einer Tatsache als Tatsache immer innerhalb eines (historisch und/oder kulturell) bestimmten Sinnhorizontes vollzieht. Die Verkennung dieses Umstands führt dazu, die Bedingungen, durch die sich ‚etwas‘ überhaupt ‚als etwas‘ erfassen lässt, aus dem Blick zu verlieren. Der Kritik am Szientismus der Politikwissenschaft stellt Lefort in seinem Beitrag ein neues Denken des Politischen zur Seite, das davon ausgeht, dass sich dieses in einer „doppelten Bewegung des Erscheinens und Verbergens“ konstituiert.³ Gemeint ist damit, dass eben jene Apparaturen und Normen, mit deren Organisation und Verwaltung sich die Politik beschäftigt, allererst aus einem Prozess der Formgebung (*mise en forme*) hervorgehen müssen. Eben diese Formgebung im Zusammenhang mit ihrer jeweiligen Inszenierung und Sinngebung zu analysieren, ist für Lefort nun die Aufgabe einer Theorie des Politischen.

Dieser Aufgabe haben sich in der Folge Denker_innen wie Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Alain Badiou, Jacques Rancière, Judith Butler oder Miguel Abensour angeschlossen, die bei aller Unterschiedlichkeit das von Lefort formulierte Programm einer dezidierten Reflexion auf die Erscheinungsbedingungen teilen. Regelmäßig weisen diese Denker_innen daher in ihren Schriften darauf hin, dass in politischen Kämpfen um die Sichtbarkeit auf der Bühne der Politik gerungen wird: Seien es die Plebejer, die sich mit ihrem Auszug aus Rom gegen Herrschaft der Patrizier wenden, seien es die Frauen, die sich im Zuge der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Vorherrschaft des Patriarchats kritisieren, seien es die Arbeiter_innen, die sich im Zuge von Klassenkämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung zu Wehr setzen oder die schwarze Bevölkerung Nordamerikas, die mittels zivilem Ungehorsam Segregation und Rassismus in Frage stellt

2 Lefort, Claude: „Die Frage der Demokratie“, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Übers. von Katharina Menke. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990, 281–297.

3 Ebd., 284.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

– stets geht es in solchen Auseinandersetzungen darum, dass eine Streitpartei noch gar nicht als gleichrangige Partei anerkannt wird und daher überhaupt erst als politisches Subjekt mit legitimen Anliegen konstituiert werden muss. Kämpfe um das Politische finden dabei nicht primär und ausschließlich in den klassischen Körperschaften der formellen Politik wie Parlamenten, Kommissionen oder Räten statt, weil die Subjekte, die hier um ihre Sichtbarkeit kämpfen, zu diesen Räumen noch gar keinen Zugang haben. Der Schauplatz der Auseinandersetzung ist vielmehr die Öffentlichkeit, in der mittels vielfältiger Mittel des Widerstands um eine Neuaufteilung der politischen Ordnung gerungen wird. Ziel der Kämpfe ist es, das etablierte System im Zuge von Protesthandeln einer radikalen Revision zu unterziehen und dadurch neu zu gründen. Gegenstand dieser Infragestellung sind daher nicht die klassischen Felder der Politik wie Wirtschaft, Kultur, Gesundheit oder Steuerwesen, sondern vielmehr der Prozess, in dem sich Sichtbarkeitsregime und die sie stützenden Institutionen neu und anders konstituiert.

Die Formen der Erstreitung von Vernehmbarkeit werden von den Theorien des Politischen unter radikaldemokratischen Vorzeichen gefasst. Die Kontestation demokratischer Verhältnisse beschränkt sich daher nicht auf die Sphäre der Politik im engeren Sinne, sondern rekurriert auf eine Ausweitung und Vertiefung des demokratischen Dispositivs von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Selbstregierung auf sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das radikaldemokratische Anliegen der Theorien des Politischen lässt sich – bei aller Diversität der unterschiedlichen Ansätze – durch vier gleichursprüngliche und kokonstitutive Merkmale systematisieren:

1. Die Erde wird nicht von *dem* Mensch, sondern von *den* Menschen bewohnt.⁴ *Pluralität* muss daher der Ausgangspunkt einer jeden politischen Theorie sein. Hannah Arendt hat dabei betont, dass sich die Verschiedenheit der Menschen nicht bloß auf eine Diversität von benennbaren Attributen bezieht, sondern vielmehr die aus den Modi des Sprechens und Handelns hervorgehenden singulären Perspektiven von Subjekten auf die Welt meint. Die uns gemeinsame Welt kann unter zahllosen Aspekten, gesehen, besprochen und behandelt werden. Da sich die unterschiedlichen Sinnhorizonte, die sich dabei auftun, nicht in einem übergreifenden Universalhorizont integrieren und miteinander kompatibel machen lassen, existiert die gemeinsame Welt nur im Plural.

4 Arendt, Hannah: *Vita Activa oder vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper 2000, 299.

2. Aus dieser Pluralität folgt, dass *Konflikt* ein unwiederbringlicher Modus des menschlichen Zusammenlebens ist. Die diversen Werteordnungen, Handlungsanforderungen und Praxisprobleme, die mit einer bestimmten Weltsicht verbunden sind, befinden sich in einem antagonistischen Verhältnis. So betont etwa Chantal Mouffe, dass der Pluralismus nicht als ein friedliches Miteinander in einem homogenen Raum verstanden werden darf; vielmehr evoziert jeder Pluralismus Ausschlüsse und damit einen Streit um Hegemonie.⁵ Was in einer Weltsicht überzeugend und vernünftig erscheinen mag, kann sich aus einer anderen als widersprüchlich und irrational zeigen. Das Soziale beruht demnach nicht nur auf einer irreduziblen Pluralität, sondern konstituiert sich auf einem immer schon vermachteten Terrain, das neben In- stets auch Exklusionen produziert. Gerade in diesem Streit um die Hegemonie der Weltauslegung, die eine bestimmte Ordnung favorisiert und andere damit ausschließt, spiegelt sich das Politische. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive wird daher Konflikt affirmiert, um die Erinnerung an unterschiedlichen Gestaltungsformationen sozio-politischer Ordnungen wach zu halten und einen Streit um Konfigurationen des Zusammenlebens aktiv auszutragen.

3. Das dritte Merkmal der Theorien des Politischen lautet *Kontingenz*. Denn wo auch immer um etwas gestritten wird und einander widersprechende Perspektiven Geltung beanspruchen, zeigt sich die dem Konflikt inhärente Kontingenz. Kontingenz heißt in diesem Zusammenhang nicht, dass etwas bloß zufällig oder nur willkürlich ist, sondern beinhaltet die Einsicht, dass die bestehenden Verhältnisse, auch nicht oder anders sein könnten, da sie stets historisch verankert sind. Daraus folgt, dass sich der Streit um Hegemonie nicht durch den Rückgang auf letzte Fundamente auflösen oder in einen Konsens überführen lässt. So verabschiedet beispielsweise Butler die Annahme von meta-politischen Grundlagen, die machtdiskursiven Zusammenhängen vorgelagert wären, und richtet ihren Blick auf die historisch sowie kulturell unterschiedlichen Konstitutionsbedingungen von sozialen Formationen.⁶ Rationale Verfahren als auch gesellschaftliche Bezugssysteme wie Religion, Naturwissenschaft oder Sittlichkeit stellen keine letzten Gründe zur Befriedung von Konflikten bereit, da ihre Begriffe und Perspektiven nicht umfassend und neutral sind, sondern selbst je schon Ausdruck einer bestimmten Weltsicht darstellen. Diese Überlegungen führen

5 Mouffe, Chantal: *Agonistik. Die Welt politisch Denken*. Übers. von Richard Barth. Berlin: Suhrkamp 2014, 32.

6 Butler, Judith: „Contingent Foundations. Feminism and the Question of 'Post-modernism'“, in: dies./Scott, Joan (Hg.): *Feminists Theorize the Political*. New York/Abingdon: Routledge 1992, 3–19.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

weder zu einem Relativismus, bei dem alles gleichermaßen nebeneinander steht, noch zu einen Determinismus, bei dem die Unhintergebarkeit der soziokulturellen Bedingtheiten keine Bearbeitung mehr zulässt; vielmehr geht es darum, sedimentierte Strukturen in ihrer Gewordenheit einsichtig zu machen und mittels Repolitisierungen für Neuaneignungen offen zu halten. Gerade emanzipative Bestrebungen zeigen daher auf, dass vermeintlich naturgegebenen Subordinationsverhältnisse bestimmte Machtmechanismen unterliegen, die auf der Basis der Realisierung von Freiheit, Gleichheit oder Selbstbestimmung anders gefasst werden könnten.

4. Da es keinen letzten Boden der Gewissheit gibt, auf dem sich der Konflikt zwischen unterschiedlichen Weltansichten auflösen lässt, kann sich Gesellschaft viertens nur durch einen Akt der *Ur-Gewalt* instituierten. Jacques Derrida hat mit diesem Terminus eine jeglicher Ordnungsbildung innewohnende Gewalt bezeichnet, die darauf zurückgeht, dass jedes in Geltung setzen einer Ordnung einen unabgeholten Rest hinterlässt, der in dieser Ordnung nicht sichtbar werden kann.⁷ Anders gesagt: Da Konflikte notwendig bewältigt werden müssen, um zwischen unterschiedlichen Weltzugängen zu entscheiden, muss eine der konfligierenden Perspektiven als verbindlich in Geltung gesetzt werden. Unser Zusammenleben erfordert die Bewältigung von Pluralität und die damit einhergehende Pazifizierung von Konflikten. Das führt jedoch zur paradoxen Situation, dass das gesellschaftliche Zusammenleben mit Hilfe von Bedingungen gegründet werden muss, die selbst wiederum nicht abschließend legitimiert werden können. Man kann diesen Umstand in Rückgriff auf Ricœur das „Paradox des Politischen“ nennen, der damit zum Ausdruck bringen will, dass die politische Auflösung von Konflikten zugleich neue Ausschlüsse produziert.⁸ Die Freilegung und Bearbeitung dieser In- und Exklusionslogiken bildet den Hintergrund, vor dem radikaldemokratische Theorieansätze operieren. So macht etwa Derrida das Gründungsparadox für demokratische Fragen fruchtbar, indem er aufzeigt, dass gerade aufgrund des Fehlens eines letzten Fundaments der gewaltsame und zugleich unumgängliche Akt der Institutionierung eines Gemeinwesens immer auch einer Überprüfung unterzogen werden kann. Gerade bei einem demokratisch verfassten Gemeinwesen, das sich auf die Gleichheit und Freiheit aller beruft, kann die Selbstbindung an

7 Vgl. Derrida, Jacques: *Grammatologie*. Übers. von Hans-Jörg Rheinberger und Hanns Zischler. Frankfurt am Main 1974, 197.

8 Ricœur, Paul: „Das politische Paradox“, in: ders.: *Geschichte und Wahrheit*. Übers. u. mit einer Einl. vers. von Romain Leick. München: List 1974, 248–276. Vgl. hierzu Liebsch, Burkhard: *Unaufhebbarer Gewalt. Umriss einer Anti-Geschichte des Politischen*. Weilerswist: Velbrück 2015.

dieses Dispositiv immer wieder neu – bis zur radikalen Selbstinfragestellung – thematisiert werden.

Der theoretische Rahmen, innerhalb dessen sich die Theorien des Politischen bewegen, wird also durch vier Dimensionen in Bewegung gehalten: die Pluralität der Menschen, die Konflikthaftigkeit sozialer Beziehungen, die Kontingenz gesellschaftlicher Formationen und die instituierende Gewalt jeder Ordnungsstiftung. Gegenspieler der Theorien des Politischen sind entsprechend all jene Theorieentwürfe, welche vom Menschen im Singular ausgehen, menschliche Beziehungen als grundsätzlich harmoniegeleitet verstehen, gesellschaftliche Probleme durch die Rückführung auf letzte Fundamente auflösen wollen und die Gewalt gesellschaftliche Ordnungen naturalisieren bzw. ausblenden.

II. Kritik an Theorien des Politischen

Innerhalb der radikalen Demokratietheorien lässt sich zwischen einem französischsprachigen Strang der Theorien des Politischen und einem englischsprachigen Strang der Theorien des Agonalen unterscheiden. Zu ersteren gehören durch die Hegemonietheorie und den Poststrukturalismus geschulte Denker_innen wie Claude Lefort, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Jacques Rancière, Jacques Derrida oder Miguel Abensour. Ihnen, so Oliver Marchart, ist es gemeinsam, von einer „asymmetrischen Voraussetzungsstruktur des Sozialen“ auszugehen. Der englischsprachige Strang, wie er von Denker_innen wie Sheldon Wolin, James Tully, William Connolly, Bonnie Honig oder Iris M. Young vertreten wird, geht hingegen von einer „gleichberechtigten Teilnahme der Agonisten und Agonistinnen an der öffentlichen Debatte“ aus und lässt sie „auf ebenem Terrain unter Bedingungen der Waffengleichheit“ miteinander kämpfen.⁹ Diese Unterscheidung ist insofern hilfreich, als sie es erlaubt, ein Problem hervorzuheben, das vor allem die Theorien des Politischen betrifft: ihr Institutionendefizit. Während agonale Demokratietheorien der Frage der Institutionalisierung nämlich nicht vollständig ablehnend gegenüberstehen,¹⁰ zeichnen sich die

9 Marchart, Oliver: „Demokratie und Dissens Agonistische Demokratietheorie und die Legitimität von Protest“, in: *juridikum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft*, 4, 2016, 494–503, hier: 498.

10 Vgl. Westphal, Manon: *Die Normativität agonaler Politik. Konfliktregulierung und Institutionengestaltung in der pluralistischen Demokratie*. Baden-Baden: Nomos 2018.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

Theorien des Politischen fast durchgehend dadurch aus, dass sie in ein Politikverständnis münden, das Thomas Bedorf als „Politik der Unterbrechung“ bezeichnet hat.¹¹ Die radikale Infragestellung bestehender Aufteilungen des Sinnlichen, in denen Gleichheit stets aufs Neue erstritten werden muss, fasst beispielsweise Rancière als Demokratie. Diese besteht für ihn in einer Neu- und Umverteilung bestehender Strukturen und bildet gerade „nicht ein Gesamtes von Institutionen“.¹² Ebenso bringt Abensour seine Vorbehalte gegenüber klassischen Formen der Institutionen des Politischen in wünschenswerter Klarheit zum Ausdruck, wenn er von der „Demokratie gegen den Staat“ spricht.¹³

Für ihre institutionenaverse Ausrichtung und gegenstaatlichen Zuspitzung sind die Theorien des Politischen und der Radikaldemokratie mittlerweile vielfach kritisiert worden. David Howarth etwa moniert ein „institutional deficit“ radikaldemokratischer Ansätze, insofern sich diese weder an konkreten staatlichen Institutionen abarbeiten, noch eigenständige Vorschläge für ein politisches Institutionengefüge liefern.¹⁴ Christian Volk wirft den Theorien des Politischen in der Folge vor, „auf halbem Wege“ stehen zu bleiben und ihre eigene Diagnose der Entpolitisierung nicht ernst zu nehmen; diese Theorien müssten sich sonst doch viel offensiver mit der Frage auseinandersetzen, wie politische Freiheit ausgestaltet werden kann.¹⁵ Ganz in diesem Sinne kritisiert auch Dirk Jörke, dass in den Theorien des Politischen unklar bleibt, wie demokratische Prinzipien gewährleistet werden sollen, wenn man der institutionellen Ebene gänzlich abschwört.¹⁶ Andrew Schaap führt dies darauf zurück, dass sich Theorien des Politischen ganz einem demokratischen Ethos des Widerstands

11 Bedorf, Thomas: „Bodenlos. Der Kampf um den Sinn des Politischen“, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 5, 2007, 689–715, hier: 690.

12 Rancière, Jacques: „Demokratie und Postdemokratie“, in: Riha, Rado u.a. (Hg.): *Politik der Wahrheit*. Wien: Turia & Kant 1997, 94–122, hier: 98.

13 Abensour, Miguel: *Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment*. Übers. von Andrea Hemminger. Berlin: Suhrkamp 2012.

14 Howarth, David R.: „Ethos, Agonism and Populism. William Connolly and the Case for Radical Democracy“, in: *British Journal of Politics and International Relations* 10 (2), 2008, 171–193, hier: 189.

15 Volk, Christian: „Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung? Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 54 (1), 2013, 75–110, hier: 95.

16 Vgl. Jörke, Dirk: „Die Agonalität des Demokratischen. Chantal Mouffe“, in: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004, 164–184, hier: 181f.

verschrieben haben und dadurch die Notwendigkeit institutioneller Auseinandersetzung aus dem Blick verlieren.¹⁷ Auch Monique Deveaux wendet ein, dass Theorien des Politischen den Konflikt zu einem Zweck an sich verklären und dadurch Gemeinsamkeiten der gesellschaftlichen Akteure aus dem Blick zu verlieren.¹⁸ Axel Honneth hegt zudem den Verdacht, dass die Theorien des Politischen dadurch Kämpfe innerhalb der politischer Institutionen zu wenig Gewicht beimessen, und deren Potential für die Umarbeitung bestehender Ordnungsmuster unterschätzen.¹⁹ Ebenso hält Michael Hirsch die Grundunterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik und der damit einhergehenden Preisgabe des institutionellen politischen Handelns für fatal, insofern der Theorie damit jeder Zugang zu sachlichen Ordnungsproblemen verlorenggeht.²⁰ Andreas Kalyvas wiederum hebt hervor, dass Auseinandersetzungen nicht in agonalem Respekt münden müssen, sondern soziale Exklusion und die Verhärtung von Konflikten zur Folge haben können.²¹ Für Nancy Fraser begreifen radikaldemokratische Theoriekonzeptionen „die politische Ordnung als selbstbestimmt“, ohne die gesellschaftliche Matrix samt sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten weiter zu analysieren. Sie wirft ihnen daher einen „Politizismus“ vor.²² Lois McNay schließlich kritisiert an Theorien des Politischen im Anschluss an Pierre Bourdieu hinsichtlich einer „social weightlessness“, die daraus resultiert, dass sich diese ganz auf abstrakte Paradoxa konzentrierte und dadurch die Trägheit habitualisierter Formen des Miteinanderlebens

17 Schaap, Andrew: „Agonism in divided societies“, in: *Philosophy & Social Criticism* 32 (2), 2006, 255–277, hier: 270.

18 Vgl. Deveaux, Monique: „Agonism and Pluralism“, in: *Philosophy & Social Criticism* 25 (4), 1999, 1–22, hier: 13, 15.

19 Honneth, Axel: „Remarks on the Philosophical Approach of Jacques Rancière“, in: Genel, Katia/Deranty, Jean-Philippe (Hg.): *Recognition or Disagreement. A Critical Encounter on the Politics of Freedom, Equality, and Identity*. New York: Columbia University Press 2016, 96–106, hier 103f.

20 Hirsch, Michael: „Das Politische als Entpolitisierung der Politik. Ein emanzipatorischer Begriff radikaler Demokratie“, in: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie*, 5 (2), 2018, 182–191, hier: 187f.

21 Kalyvas, Andreas: „The Democratic Narcissus. The Agonism of the Ancients Compared to That of the (Post)Moderns“, in: Schaap, Andrew (Hg.): *Law and Agonistic Politics*. Abingdon: Ashgate 2009, 15–43, hier: 34.

22 Fraser, Nancy: „Die Krise der Demokratie. Über politische Widersprüche des Finanzkapitalismus jenseits des Politizismus“, in: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.): *Was stimmt nicht mit der Demokratie?* Berlin: Suhrkamp 2019, 77–99, hier: 77.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

ebenso aus den Blick verlieren wie konkrete Leidenserfahrungen der Subjekte.²³

Die hier versammelten kritischen Positionen zielen vor allem auf zwei Punkte: Erstens die negativistisch-anarchische Ausrichtung radikal-demokratischer Ansätze, die eine mangelnde Auseinandersetzung mit emanzipativen politischen Institutionen zur Folge hat und zweitens die Ausblendung der destruktiven Wirkungen, die Konflikte in Gesellschaften zeitigen können. Der erste Einwand lässt sich auf den Begriff eines *Anti-Fundamentalismus* bringen, der zweite auf den Begriff einer *Hyper-Polemologie*. Wir glauben, dass diese Vorwürfe insofern berechtigt sind, als sie auf eine Leerstelle innerhalb der Theorien des Politischen und der Radikaldemokratie hinweisen. Das Paradox des Politischen sollte nicht dazu führen, dass die konkrete Ausgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung als mehr oder weniger beliebig oder immer schon als verfehlt erachtet wird. Unberücksichtigt bleibt dann nämlich, dass die Abwesenheit letzter Gründe nicht bedeutet, dass es keine „guten“ und „schlechten“ Gründe mehr gibt, um die es zu streiten lohnt. Die Betonung von Pluralität, Konflikt, Kontingenz und Gewalt sollte daher nicht dazu führen, die Hoffnung auf gelingende Vergesellschaftungsprozesse aufzugeben und das emanzipative Potential von Institutionen gänzlich auszublenden. Dabei würde übersehen werden, dass Pluralität und Differenz nicht notwendig in gänzlich disparate Verhältnissen münden müssen, sondern vielmehr die Grundlage gelingenden gemeinsamen Handelns bilden können.

Die genannten Leerstellen machen deutlich, dass eine der zentralen Arbeitsaufgaben für eine Weiterentwicklung der Theorien des Politischen darin besteht, deutlich zu machen, wie demokratische Konflikte institutionell ausgestaltet werden können. Hinweise darauf sind bereits in den Theorien des Politischen selbst zu finden. Wir glauben daher nicht, dass sich diese Aufgabe für die Theorien des Politischen als prinzipiell unmöglich erweist, wie manche der oben genannten Kritiken insinuierten, vielmehr finden sich bereits an verschiedenen Stellen Hinweise auf sie. Die Desavoeierung der Politik als schalem Verwaltungsapparat der bestehenden Verhältnisse stellt daher letztlich selbst eine totalisierende Geste dar, welche den exekutiven Verwaltungsapparat für das ganze des politischen Prozesses nimmt. Aus dem Blick geraten damit die demokratischen Potentiale, die in legislative und kontestativ politische Institutionen eingelassen sind. Diese Potentiale sichtbar zu machen, ist die Aufgabe, die sich der vorliegende

23 McNay, Lois: *The Misguided Search for the Political: Social Weightlessness in Radical Democratic Theory*. Cambridge: Polity 2014, 28f.

Band vorgenommen hat. Einige Hinweise wollen wir nun im letzten Teil zusammentragen.

III. Die Institutionalisierung des Politischen als Aufgabe

Ausgehend von den institutionellen Defiziten der Theorien des Politischen mehren sich in jüngster Zeit die Versuche, ein Institutionendesign zu entwerfen, das den Anforderungen dieser Theoriekonzeptionen nachkommt.²⁴ Einer der jüngsten Vorschläge stammt von Marie Paxton.²⁵ Als Aufgabe eines radikaldemokratischen Institutionensettings sieht sie es an, gesellschaftliche Pluralität zu realisieren, ohne die Gesellschaft dadurch zu spalten. Der mit Pluralität verbundene Konflikt um kollektive Lebensformen muss daher in einer radikalen Demokratie sowohl gefördert als auch eingehegt werden. Als Abgrenzungspole dienen Paxton dabei zwei politische Strömungen: der Deliberativismus auf der einen und der Multikulturalismus auf der anderen Seite. Ersterer will Pluralität dadurch herbeiführen, dass er diese mittels argumentativer prozeduraler Verfahren gewinnt. Er übersieht dabei jedoch, dass sowohl diese Verfahren als auch die in ihnen angewandten Sprech- und Argumentationspraktiken selbst wieder machtgeladen sind. Letzterer dagegen droht mit der Betonung der Differenz, die aus unterschiedlichen Statuszuschreibungen wie *class*, *race*, *gender* resultieren, zur Fragmentierung der Gesellschaft beizutragen. Während der Deliberativismus gesellschaftliche Konflikte stillzustellen droht, indem er sie auf einen scheinbar neutralen Boden zurückführt, steht der Multikulturalismus in der Gefahr, solche Konflikte eskalieren zu lassen, insofern er Unterschiede

24 Vgl. etwa: Wingenbach, Ed: *Institutionalizing Agonistic Democracy. Post-Foundationalism and Political Liberalism*. Farnham/Burlington: Ashgate 2011; Wallaschek, Stefan: „Chantal Mouffe und die Institutionenfrage“, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 8 (1), 2017, 3–21; Lowndes, Vivien/Paxton, Marie: „Can Agonism Be Institutionalised? Can Institutions Be Agonised? Prospects for Democratic Design“, in: *British Journal of Politics and International Relations* 20 (3), 2018, 693–710; Westphal, Manon: „Overcoming the Institutional Deficit of Agonistic Democracy“, in: *Res Publica. A Journal of Moral, Legal and Political Philosophy* 25 (2), 2019, 187–210; Herrmann, Steffen: „Agonale Institutionen. Für einen radikaldemokratischen Republikanismus“, in: Westphal Manon (Hg.): *Agonale Demokratie und Staat*. Baden-Baden: Nomos 2020 (im Erscheinen).

25 Paxton, Marie: *Agonistic Democracy. Rethinking Political Institutions in Pluralist Times*. London: Routledge 2020.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

überbetont und sich damit gegenüber jeder Gemeinsamkeit vorschnell verschließt.²⁶ Die Balance zwischen beiden Extremen wird für Paxton von agonalen Demokratietheorien gehalten. Zur Realisierung von Pluralität machen es sich diese zur Aufgabe, die Prinzipien der Kontestation, Kontingenz und Interdependenz zu institutionalisieren.

Um deutlich zu machen, wie eine solche Institutionalisierung möglich ist, greift Paxton auf den *New Institutionalism* zurück. Im Anschluss an Vivian Lowndes und Mark Roberts argumentiert sie, dass Bürger_innen nicht nur „rule taker“ sind, sondern auch „creative agents“. Von dieser Einsicht ausgehend sollten auch staatliche Ordnungsgefüge nicht nur als Institutionen zur Beschränkung individueller Handlungsspielräume gesehen werden, sondern ebenso als Institutionen der Befähigung zum politischen Handeln.²⁷ In den Fokus von Paxtons Überlegungen treten damit all jene Einrichtungen, die Bürger_innen zum Handeln ermächtigen. Paxton konzentriert sich dabei auf eine Reihe von Institutionen wie *participatory budgeting* und *citizens assemblies*, die in den letzten Jahren vermehrt in der politischen Theorie auf Resonanz gestoßen sind.²⁸ Die darin angelegten radikaldemokratischen Prinzipien will Paxton durch drei unterschiedliche agonale Techniken zur Geltung bringen: *Adversariale* Techniken sollen es erlauben, zunächst einmal unterschiedliche Norm- und Wertvorstellungen sichtbar zu machen und das politische Imaginäre um kontrastreiche Positionen zu bereichern. *Inklusive* Techniken zielen umgekehrt darauf, unterschiedliche Positionen für die jeweils andere Partei zugänglich zu machen. Im Vordergrund steht hier das wechselseitige Zuhören und Verstehen. *Perfektionistische* Techniken sollen eine Auseinandersetzung um strittige Werte ermöglichen und es erlauben, diese in eine Präferenzreihenfolge zu bringen. Um das zu ermöglichen, soll vom bloßen Mehrheitsentscheid Abstand genommen werden und stattdessen ein differenziertes Präferenzwahlssystem zum Einsatz kommen.²⁹

Wir halten die von Paxton vorgeschlagenen Verfahren für begrüßenswerte Vorschläge zur Ausgestaltung einer radikaldemokratischen Institutionentheorie. In der Umsetzung gilt es dabei genau zu unterscheiden zwischen solchen Institutionen, die Bürger_innen wirkliche Handlungsmacht und Entscheidungsbefugnis verleihen und solchen Institutionen, die nur

26 Ebd., 8.

27 Ebd., 14.

28 Vgl. Smith, Graham: *Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation*. Cambridge: Cambridge University Press 2009.

29 Paxton: *Agonistic Democracy*, 99f.

einer Feigenblattpolitik dienen und den Bürger_innen weder effektive Mitsprachemöglichkeiten noch relevante Handlungsbefugnisse zugestehen.³⁰ Um deutlich zu machen, wie eine radikaldemokratische Ausweitung von Institutionen aussehen kann, wollen wir abschließend einen kurzen Ausblick darauf geben, wie die vier oben eingeführten Momente von Pluralität, Konflikt, Kontingenz und Ur-Gewalt institutionentheoretisch fruchtbar gemacht werden können:

1. Pluralität lässt sich nur dort politisch verwirklichen, wo sich Institutionen an einer demokratischen *Gleichheit* orientieren und folglich für *alle* Subjekte im gleichen Maße offenstehen. Entscheidend ist dabei die Frage, wie eine solche Gleichheit gewährleistet werden kann. Weder eine formalrechtliche Gleichstellung im liberalen noch eine ökonomische Egalität im sozialistischen Sinne allein garantiert schon eine universelle Gleichheit. Gleichheit ist entsprechend nicht nur eine Option, die es bereitzustellen, sondern aktiv zu schaffen gilt, indem gezielt sozio-politische Institutionen der Universalität geschaffen werden. Und dies kann paradoxerweise auch eine Ungleichbehandlung von (privilegierten) Bürger_innen im Namen einer demokratischen Gleichheit bedeuten.

2. Die politische Realisierung von Konflikt bedarf der Etablierung von Verfahren und Institutionen der *Kontestation*. Gemeint ist damit zum einen, dass politische Entscheidungen im Zuge von Auseinandersetzungen zustande kommen, in denen unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen und sich Gehör verschaffen können. Zum anderen müssen die jeweiligen Perspektiven die Möglichkeit haben, Einfluss auf den politischen Prozess nehmen zu können. Es bedarf daher der Etablierung von Verfahren der politischen Kommunikation, welche die Produktivität von Konflikten affirmieren.

3. Die Realisierung des Prinzips der Kontingenz der gesellschaftlichen Ordnung soll durch die *Luzidität* und den *Möglichkeitssinn* politischer Institutionen gewährleistet werden. Luzide Institutionen rechtfertigen die Entscheidungen, die sie treffen, auf der Basis von – der breiten Öffentlichkeit einsehbarer – politischen Gründen und versuchen, Entscheidungen nicht als unhintergehbare Zwänge auszuweisen, sondern vielmehr für etwaige

30 Eine Reihe weiterer radikaldemokratische Vorschläge findet sich etwa bei Wright, Erik Olin: *Envisioning Real Utopias*. London: Verso 2010. Für die europäische Zählung, der vielfach aus Lateinamerika stammenden Vorbilder der Bürger_innenbeteiligung ist das Beispiel des Bürgerhaushaltes paradigmatisch. Vgl. Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja: „Participatory Budgeting in Europe: Potentials and Challenges“, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 32 (1), 2008, 164–178.

Steffen Herrmann und Matthias Flatscher

Revisionen und Gegenvorschläge offen zu halten. Der Tendenz zur Selbstverschließung von Institutionen soll dadurch entgegengewirkt werden, dass mittels möglichkeitseröffnender Praktiken die Imaginationskraft des Politischen für eine andere Zukunft wachgehalten und demokratische Alternativen antizipieren werden. An die Stelle des Slogans „there is no alternative“ tritt damit das Credo „there is always an alternative“, dessen politische Möglichkeitsräume öffentlich diskutiert und demokratisch bearbeitet werden.

4. Das Prinzip der Ur-Gewalt der politischen Ordnung bedarf der Etablierung institutioneller *Selbstinfragestellung*. Demokratische Institutionen müssen darum wissen, dass sie stets eine mögliche gesellschaftliche Ordnung auf Kosten einer anderen realisieren. Konstitutionelle Institutionen der Dauerreflexion, welche politische Prozesse kritisch begleiten und die institutierende Gewalt der Ordnungsgründung als Gewalt gegenwärtig halten, können dabei die Aufgabe übernehmen, In- und Exklusionsmechanismen gegenwärtig zu halten. Zur radikalen Demokratie sollte daher auch stets die Beförderung von kritischen Stimmen gehören, welches die destruktiven und negativen Effekte der Ordnungsbildung zur Sprache bringen.

Mit den vier genannten Prinzipien ist unser Problemaufriss an jenem Punkt angelangt, an dem sich andeutet, in welche Richtung die Ausgestaltung von Institutionen des Politischen gehen könnte. Die weitere Ausgestaltung dieser Perspektive treiben die Beiträge des vorliegenden Bandes auf unterschiedliche Weise voran: Unter der Überschrift *Systematische und historische Grundlagen* haben wir in Teil I all jene Beiträge versammelt, welche den grundbegrifflichen Zusammenhängen zwischen Theorien des Politischen und der Institutionenfrage nachgehen. Gegenstand der Texte von Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinsen, Thomas Bedorf, Matthias Flatscher, Sara Gebh und Malte Miram ist hier in erster Linie der Rahmen, in welchem die Institutionenfrage innerhalb der Theorien des Politischen sowohl aus sachlicher Perspektive als auch in Hinblick auf die geschichtliche Verankerung zu behandeln ist. Teil II behandelt unter der Überschrift *Radikaldemokratische Institutionendesigns* konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung radikaldemokratischer Institutionen. Im Zentrum der Beiträge von Oliver Marchart, Manon Westphal, Steffen Herrmann, Niklas Angebauer und Felix Heidenreich steht dabei die Umgestaltung und Neuschaffung politischer Entscheidungsfindungsprozesse. Der abschließende Teil III widmet sich dann unter dem Titel *Zeitgenössische Kontroversen* ausgewählten Diskussionszusammenhängen, in welchen die Tragfähigkeit einer Institutionentheorie der Theorien des Politischen diskutiert wird. Im Fokus der Ausführungen von Andreas Gelhard, Niklas Plätzer, Karsten

Schubert und Gerhard Thonhauser steht dabei das Vorhaben, die Potentiale radikaldemokratischer Ansätze gegenüber anderen Theorietraditionen zu konturieren.

* * *

Der Band wäre in seiner jetzigen Form nicht zustande gekommen, wenn wir nicht die Unterstützung einer Vielzahl von Kolleg_innen erfahren hätten. Besonderer Dank gilt zunächst Thomas Bedorf und Oliver Marchart, welche die Idee einer kritischen Selbstreflexion der Theorien des Politischen von Anfang an mit Wohlwollen begleitet haben und die Kooperation zwischen dem Bereich der Politischen Theorie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und dem Institut für Philosophie der FernUniversität Hagen, aus der dieser Band hervorgegangen ist, ermöglicht und gefördert haben. Zudem wollen wir all jenen danken, die uns organisatorisch und inhaltlich bei der Veranstaltung „Institutionen des Politischen“, die am 13.-15. März 2019 in Wien stattgefunden hat, unterstützt haben: Ina Maria Sattlegger, Selin Gerlek, Anna Wieder, Anna-Teresa Steffner de Marco, Gerald Posselt und Zanan Akin. Danken wollen wir zudem den Herausgebern der Reihe „Zeitgenössische Diskurse des Politischen“ Andreas Hetzel und Oliver Flügel-Martinsen für die unkomplizierte Aufnahme des vorliegenden Bandes sowie den Mitarbeiter_innen des Nomos-Verlags Beate Bernstein, Nina-Katharina Hauer und Carsten Rehbein für die angenehme Zusammenarbeit. Unser persönlicher Dank für die sorgfältige redaktionelle Betreuung des Manuskripts gilt Robert Schulz. Ohne ihn hätte der Band nicht so zügig erscheinen können.

Literaturverzeichnis

- Abensour, Miguel: *Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellische Moment*. Übers. von Andrea Hemminger. Berlin: Suhrkamp 2012.
- Arendt, Hannah: *Vita Activa oder vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper 2000.
- Mouffe, Chantal: *Agonistik. Die Welt politisch Denken*. Übers. von Richard Barth. Berlin: Suhrkamp 2014.
- Bedorf, Thomas: „Bodenlos. Der Kampf um den Sinn des Politischen“, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 5, 2007, 689–715.
- /Röttgers, Kurt (Hg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp 2010.
- /Herrmann, Steffen (Hg): *Political Phenomenology. Experience, Ontology, Episteme*. London: Routledge 2020.